

Wissen in der Informationsgesellschaft - was ist das wert?

Manuskriptfassung

Dr. Dieter Klumpp, Alcatel SEL Stiftung
Ver.di-Kongress „Wissen ist was wert“
Bremen 12. Februar 2003

Wenn am Rande eines Kongresses über die Informationsgesellschaft ein laptopbewehrter junger Mensch stünde, würde er wohl freudig fragen: Informationsgesellschaft - wann war die denn? Die Kongressakteure wären tief getroffen: da ist man doch seit Jahrzehnten zukunftsbe-reiter Modernisierer, unverdrossener Computerfortschrittsgläubiger, da kämpft man mit dem ganzen mobilen Kommunikationsarsenal gegen strukturkonservative Innovationsverweigerer, da hat man seine Sprache ver-powerpointed, seine Schreibe ver-worded und sogar die Kaffeekasse ver-excelt, da lernt man lebenslang noch als Pensionär für die informationelle Zukunft - und da stellt einen so ein neugieriges Kid mit einer einfachen Frage in das Licht von Nostal-gikern, von Brauchtumpflegern oder gar von Sektierern.

Toleranzgebildet, wie Informationsgesellschaftler nun einmal sind, würden sie dem jungen Menschen hochglänzend-bunte Wegbeschreibungen der Informationsgesellschaft in die Hand drücken, ihn auf die Vielfalt der Aktionspläne in allen fortschrittlichen Ländern der Welt und Europas (einschließlich der Türkei) hinweisen und ihm subkutan deutlich machen, dass, wer die entstehende Informationsgesellschaft nicht sieht, entweder als dumm oder für seine Funk-tion als nicht geeignet angesehen werden muss. Manche würden ihm gar aufzeigen, dass nach Agrar- und Industriegesellschaft eben determiniert und damit unaufhaltsam der Zyklus der Informationsgesellschaft folgt, was denn sonst? Dieser junge Mensch würde dann auf seiner Suche nach der nächsten LAN-Party oder MP3-Tauschbörse wieder frohgemut in die Welt ziehen und - wie es sich ziemt - lebenslang lernen. Nur: beim nächsten Kongress fragt wieder einer, wann denn die Informationsgesellschaft seiner Vätergeneration stattgefunden hat.

Wir müssen uns ehrlicherweise eingestehen, dass die Informationsgesellschaft offensichtlich etwas in die Jahre gekommen ist, obwohl es sie doch erst im Entstehungsstadium gibt.

Erste Generation Informationsgesellschaft

Unzweifelhaft sind wir auf dem Weg zu einer Informationsgesellschaft weit vorangekom-men. Nach dreißig Jahren intensiver Diskussion über die kommende Informationsgesellschaft muss aber im Jahr des „Weltgipfels der Informationsgesellschaft“ schon einmal in aller Be-scheidenheit gefragt werden dürfen, was das Schlagwort, das Leitbild, die Metapher, das Konzept, die Theorie oder das Glaubensbekenntnis zur Informationsgesellschaft eigentlich wert ist. Oder anders gesagt: Wäre der Ausdruck Informationsgesellschaft eine Schöpfung einer Startup-Unternehmung des Turbokapitalismus, dann würde ein Aufsichtsrat in diesem Stadium wohl das Management auffordern, einen kompletten „Review“ der Geschäftsstrate-gie vorzunehmen, die Produktpalette kritisch zu benchmarken und dann einen Relaunch einer „Next Generation Information Society“ zu starten. Eiligst hinzugezogene Consulter würden ihr unfehlbares Wundermittel rezeptieren, das nie falsch sein kann, nämlich: „Abläufe straf-fen, Kosten senken“. Die Medien würden dann von „Krise“ (wenn nicht sogar von „Blase“) künden, bei ntv gäbe es die ehrenvolle Aufnahme in das blaue Laufband. In der medial ver-mittelten Wissenschaft wären morgenmagazinliche Krisenerklärer die Krisengewinnler. Die Wirtschaft würde unisono erklären, dass die Rahmenbedingungen für den Weg in die Infor-mationsgesellschaft nicht stimmen (und die „gefühlten“ Rahmenbedingungen schon zweimal nicht), sie würde eine „Vorreiterrolle des Staates“ - möglichst als „Chefsache“ - bei gleichzei-tig sinkender Staatsquote dringend empfehlen. Wirtschaftsminister in Bund und Ländern würden - parteiübergreifend - die Innovationskraft der kleinen und mittleren Unternehmen beschwören und unserem Startup per Blitzbeschluss geringfügig Beschäftigte bis zum Ab-

winken bezuschussen. Der DGB würde in scharfer Form vor einer Abkehr vom Ziel der Informationsgesellschaft warnen, die Einzelgewerkschaften würden sich mangels spezieller Beschlusslagen einstimmig dieser Forderung anschließen. Die Parteien brächten reflexartig ihren Passepartout der wechselseitigen Regierungs-Oppositions-Schuldzuschreibung zum Einsatz, jede würde mit sofortiger Wirkung einen Internetsprecher ernennen.

Nun ist aber die Informationsgesellschaft kein Produkt einer Startup-Unternehmung. Was wäre aber, wenn es sich um ein analytisches Konzept, eine verhaltensbestimmende Doktrin oder auch eine handlungsleitende Programmatik handeln würde? Ganz besonders hier in Deutschland gälte die erste Frage der Herkunft der Idee. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erspart diese Filterfrage lange Lektüren. Denn wenn man vorab weiß, ob das Papier von einem Querdenker in einer Partei, einem Wirtschaftsverband, einem Regierungs- oder Oppositionsvertreter, einem Technikverband, einem Hochschullehrer, einem Gewerkschafter, einem Medienmenschen oder von einer NGO-Vertreterin stammt, liest sich alles viel leichter, und man kann es vor allem schneller in die jeweilige Belanglosigkeitsstufe einordnen. Trostreich erscheint, dass es das Gebäude der Informationsgesellschaft nicht zu einem umfassenden „Ismus“ gebracht hat und diesen Status auch nie intendierte. Es gibt Pioniere, aber keine Gründerväter. Es gibt Schwärmer, aber keine Religionsgründer. Es gibt Unheilsverkünder, aber keine Untergangspropheten.

Die Informationsgesellschaft definierte sich in der öffentlichen Diskussion eher durch Konnotationen als durch den Begriff selbst. Und diese Konnotationen waren und sind durchweg positiv und tragen den Bezeichner „mehr“: Innovation, Arbeitsplätze, Bildung, Wohlstand, Kultur, Identität, Ressourcenschonung, Internationalismus, Demokratie, Bürgerrechte, Partizipation, Tempo, Transparenz, Wissen und dann und wann ein wenig heile Welt. Ein Begriff, der sich hauptsächlich über seine Konnotationen definiert, ist austauschbar, die Konnotationen gelten ebenso für die „Wissensgesellschaft“, die „Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts“, die „Dienstleistungsgesellschaft“ oder andere „post-bindestrichenden Gesellschaften“.

Nicht nur Konnotationen, sondern auch Grundannahmen ändern sich. In meinem Abituraufsatz von 1969 zum schönen Thema, ob Presse, Radio und Fernsehen eine „vierte Gewalt“ darstellen sollten, habe ich ganz selbstverständlich dafür affirmativ sogar den schönen Begriff „Informative“ erfunden. Eine „Informative“, die über rationale Information der Öffentlichkeit Missstände anprangert und Reformen erzwingt, erschien nicht nur mir damals als besserer Ansatz als die „außerparlamentarische Opposition“. Das damals grundlegende Pressebild - die Spiegel-Affäre war erst fünf Jahre her - ist heute nicht mehr nachvollziehbar.

In unserer Untersuchung über den „Wettkampf Informationsgesellschaft“ vor drei Jahren haben Michael Schwemmler und ich geschrieben: „Die Informationsgesellschaft stellt sich als eine Plattform dar, auf der sich eine globalisierte Welt als „marktwirtschaftliche Zivilgesellschaft“ nach westlichem Muster organisieren kann. Eine solche Tieferstufung schmälert in nichts die großartige Chance dieser leitbildartigen Plattform, die eine neue Dimension der Betrachtung darstellt. Aber genau wie bei „Markt“ oder „Demokratie“ wird es auf dieser Plattform immer unstrittige zentristische Positionen und eben auch fragwürdige Randpositionen geben. Vielleicht wird es sogar „informations-gesellschaftliche“ Positionen geben, die diktatorisch und/oder totalitär sind. Noch ist das Leitbild einer Informationsgesellschaft viel zu schwammig, und erst die nächsten Jahrzehnte werden zeigen, ob es sich in den Köpfen der Menschen handlungsleitend festsetzen kann“¹.

Status der gesellschaftspolitischen Diskussion

Aber auch wenn man mit etwas bescheideneren Erwartungen an die Realität der Informationsgesellschaft mit ihrem Kernpunkt „Wissen“ herangeht, sollte ein ungeschminktes „Review“ ein paar Indizien prüfen, wie es denn um die politische und die gesellschaftliche Diskussion darüber steht.

Zunächst ein Blick auf die Politik: Im Deutschen Bundestag kommt erst Mitte Februar 2003 voraussichtlich der Unterausschuss Neue Medien zustande, der zusammen mit dem Ausschuss „Kultur und Medien“ wohl mit beweisenwürdiger Evidenz eine gewisse Themenzuständigkeit für die Informationsgesellschaft hat. Grund für diese fünfmonatige Verzögerung ist nicht nur die eher randständige Wichtigkeit des Themas hierzulande, vielmehr wurde und wird allen Ausschussmitgliedern der ungeheuerliche Vorwurf der Kompetenz und vor allem der parteipolitischen Nichtprofilierung gemacht. Jede Fraktionsbank ist sich von links bis rechts, vor vorne bis hinten implizit einig, dass diese Abgeordneten einerseits zu viel über diese ganzen komplizierten Dinge wissen („Internet-IPV6“, „Krypto“, „Digitalsignatur“) und dass sie sich andererseits untereinander zu wenig parteipolitisch beharken, wofür die Unterausschüssler immer nur das Verlegenheitsargument beibringen, es gebe doch so viele große gemeinsam anzupackende Aufgaben. Einem Beobachter zufolge streitet man sich in diesem Ausschuss hinter verschlossenen Türen ausschließlich darüber, worüber in den Öffentlichkeit denn am besten gestritten werden könnte. Nota bene: In unserer angeblichen Konsensdemokratie sind sich die zuständigen Willensbildner beim Thema Informationsgesellschaft viel zu einig, um noch Mehrheitsentscheidungen im Parlament herbeiführen zu können. Dies - zusammen mit dem Vorwurf des „Zuviel Wissens“ - verwirrt doch etwas.

Auch der Blick in die Lobby hilft den „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen“ in ihrer Verwirrung wenig. Wirtschaftsvertreter, die auf „Enkulturationsprobleme“ der Informationsgesellschaft hinweisen, werden erstaunt auf schlagzeilengeeignete Abwechslertendenzen rückgefragt, bekommen dafür aber selbst von hartgesottene Herstellerverbänden Rückenbedeckung. Auch den hundert von hundertzwei D21-Unternehmen, die noch niemals einen PC hergestellt haben, wird ihr Einsatz für das „Lernen gegen die Digitale Spaltung“ oder das „Internet für alle“ als reine PC-Verkaufsmasche ausgelegt. Wer wie die Telekom Zehntausende von Schulen *gebührenfrei* ans Netz bringt, festigt bei manchen den Anfangsverdacht, das geschehe offensichtlich auch alles „kostenlos“. Paradox ist: Die Unternehmen wiederum kommen bei ihren Aufsichtsgremien unter Druck, weil das Engagement alles andere als kostenlos ist. Vollends perplex sind außenstehende Beobachter im Fall von Gewerkschaftern, die missionarisch von mobiler Telearbeit samt in Kauf zu nehmenden volatilen „Patchwork“-Karrieren künden oder gar „Electronic Government“ als ein Rationalisierungsinstrument ansehen.

Um es schon an dieser Stelle ganz deutlich zu machen: Diese Diskussionsverwirrung begleitet die „Plattform Informationsgesellschaft“ schon seit 30 Jahren, das ist keine neue Erscheinung, die man auf die Pisageneration oder den Schnellschnitt-Journalismus schieben könnte. Hauptgründe waren bis in die Fachöffentlichkeit hinein die besagten Konnotationsvarianten und zugleich die Menge der neuen technischen Einzelbegriffe, die am Wegrand der Informationsgesellschaft - oft als „Sogenannte“ - auftauchten.

In der Politik war es immer wieder der vergebliche Versuch, die *Ismen* der Parteien auf dieser Plattform mit nicht hinreichendem Wissen über die Bedeutung der gesellschaftlichen Stellschrauben auszutragen. Dazu nur ein Fünfzehn-Zeilen-Blick in die Zeitgeschichte: 1978 forderte die CDU Bremen ihre Bonner Parteizentrale dringend auf, die von SPD im Schulterchluss mit roten öffentlich-rechtlichen Anstalten und der Bundespost geplante Verkabelung des Stadtteils Neue Vahr mit sogenannten Breitbandkabeln zu stoppen. Schon ein Jahr später aber forderte die CDU die damalige Bundesregierung Helmut Schmidt auf, den von ihm verhängten Verkabelungsstopp von 12 Städten mit dem sogenannten Breitbandkabel sofort aufzuheben. In der Zeit, als ein Kanzler Schmidt (zusammen mit Günter Grass und anderen) einen fernsehfreien Tag pro Woche forderte, wurde von derselben SPD-Bundesregierung auf Druck der für ihre Schichtarbeiter eintretenden Gewerkschaften die Einführung des Vormittagsfernsehens beschlossen. Am 8. April 1981 beschloss das Bundeskabinett auf Vorschlag von Graf Lambsdorff (FDP) den zügigen Aufbau eines sogenannten breitbandigen Teilnehmer-Glasfasernetzes, der schon einen Monat später von einem (der SPD angehörenden) Ab-

teilungsleiter des Bundespost-Ministeriums² abgelehnt wurde. Zwei Jahre später erklärte der neue CDU-Postminister, dass die interaktiven breitbandigen Dienste auch mit dem nunmehr in Aufbau befindlichen sogenannten Breitbandkabelnetz realisierbar seien.

Das bis heute andauernde Tabuthema „Fernsehkonsument“ sorgte schon damals für Verwirrung, weil man je nach Menschenbild den „sich in einer kommenden Wissensgesellschaft über die Medien immer besser informierenden Bürger“ oder einen zu den „feelies“ von Aldous Huxley verdamnten „Couch Potato“ sah. Eine - wie auch immer - willensbildnerisch geartete Entscheidung hierüber gab es nicht, weshalb die letzte gestalterische Aussage zum Fernsehen in Deutschland 20 Jahre her ist, als nach dem Dammbbruch der Kanalvielfalt den wenigen präzisen und kritischen Vordenkern des progressiven, des technokratischen und des konservativen Lagers, also etwa von Peter Glotz über Lothar Späth bis zu Werner Remmers, nur noch das resignative Achselzucken blieb: Na, dann seht alle mal schön viel fern, aber tut bitte so, als tötet ihr es nicht“.

Mittlerweile ist in der Diskussion schon klarer geworden, dass - unabhängig vom Menschenbild - auch die Auslegung der technischen Infrastruktur darüber entscheidet, ob neben dem passiven Medienkonsum auch die aktive Mediennutzung eine Rolle spielen kann. Dies ist keine Ingenieursfrage, sondern eine Frage der Ökonomie. Im Zusammenhang mit dem Verkauf des sogenannten Breitbandkabels der Telekom stellte mir letztes Jahr ein Medienexperte der Jungen Union die Frage, wer sich denn „vor 20 Jahren diese chaotischen Besitzverhältnisse mit rund 300 Kleinst-Betreibern der Netzebene 4 ausgedacht“ habe. Die Landesmedienanstalten mahnen jeden neuen Investor an, nicht nur Programmvermehrung anzubieten, sondern auch interaktive Dienste für eine lernende Wissensgesellschaft. Jeder Investor schreibt sich das hinter die Ohren, aber nicht in seinen Business-Plan: Ohne betriebswirtschaftlich absehbares Payback wird die Infrastruktur nicht für Multimedia aufgerüstet. Wenn „die Gesellschaft“ interaktive Breitbanddienste wolle, müsse sie die notwendigen Vorlaufkosten dafür auch aufbringen, basta!

Der technische Infrastrukturausbau dümpelt aber volkswirtschaftlich vor sich hin, weshalb derzeit auf den Zukunftsgebieten der privaten und öffentlichen Forschung die Betriebswirtschaft und die Rechnungshöfe die Lufthoheit erobern. Autoren des letzten Jahrbuchs Telekommunikation und Gesellschaft 2002³ haben aufgezeigt, dass Breitbandinfrastrukturen nicht mehr vom Staat hervorgebracht werden können und sollen, dass sie aber vom Marktwettbewerb her auch nicht entstehen. Mit dieser Frage wird die Deutsche Breitband-Initiative Anfang Mai 2003 zwar nicht gleich die ganze Gesellschaft, aber doch den Bundeskanzler konfrontieren. Es steht zu vermuten, dass die Suche nach diesem schwierigen dritten Weg⁴ noch etwas andauern wird. Die Pläne von Telekom und DaimlerChrysler, für die LKW-Maut eine verkehrstelematische Infrastruktur ganz ohne staatliche Zuschüsse aufzubauen, liegt erst mal ein halbes Jahr beim Kartellamt. Meinungs- und Marktumfragen helfen da nicht. Denn langsam dämmert es den Akteuren der Informationsgesellschaft, dass die „Marktteilnehmer“ und die „Souveräne“ auch einer Informationsgesellschaft, nämlich die konsumierenden Menschen und die steuerzahlenden Bürger, offensichtlich nicht so recht mitmachen. Und dass man ihnen die Beschaffung von Netzinfrastrukturen für Wissensmedien vorschreiben könnte wie die Beschaffung von Anschnallgurten oder Airbags im Auto, will wohl niemand ernsthaft annehmen. Schließlich mussten sie sich auch nicht an der Beschaffung von Rotationsdruckmaschinen für ihre Tageszeitungen beteiligen. Fakt ist, dass auch noch im Jahr 2003 in den Plänen für Neubauwohnungen im vorgesehenen Kinderzimmer keine wie immer geartete Steckdose für elektronische Medien vorgesehen ist. Die Kids können ja - im Planungszeitraum der Wohnbaugesellschaften bis 2033 - das Handy benutzen.

Die Verfechter der „Informationsgesellschaft“ müssen sich also einigen Gretchenfragen stellen. Natürlich nicht mehr die Original-Gretchenfrage, die ja Goethes Faust vor fast 200 Jahren gestellt wurde, wie er es denn mit der Religion halte, sondern auf recht säkularen Gebieten, die in einer Gesellschaft konstituierend sind. Welchen Stellenwert haben Fernsehkon-

sum und interaktive Dienste in einer erhofften Wissensgesellschaft wirklich? Stoppt oder bremst der Fernsehkonsum den Wunsch nach lebenslangem Lernen? Brauchen wir als Gesellschaft technische Infrastrukturen, die den Erwerb von „Wissen“ unterstützen? Natürlich ist die spontane Antwort aller absehbar, weil „Wissen“ bekanntlich begründungsfrei gut ist. Aber eine begründete Antwort findet sich nirgends, wahrscheinlich, weil schon die Frage tabu ist.

Gretchenfragen rund um das Wissen

Ohne Zweifel spielt das Wissen eine zentrale Rolle in der Plattform Informationsgesellschaft. Durch die diskussionsübliche Verkürzung von Denkgebäuden eines Alain Touraine oder eines Daniel Bell, die dieses Wissen in einer postindustriellen Gesellschaft nicht etwa als einen „Produktersatz“ einer sich von der industriellen zur post-industriellen entwickelnden Gesellschaft sahen, entstanden die Hoffnungen genau in diese Richtung. Alle sind sich einig, dass letztlich das Wissen als solches wichtig ist. Und natürlich der Zugang zum Wissen. Nicht zu vergessen: Die Wissenspflege, das lebenslange Lernen, das uns Informationsgesellschaftler endlich von den Menschen des Industriezeitalters, des Mittelalters, der Antike und der Steinzeit unterscheidet, die ja offenbar nicht lebenslang gelernt haben. Und was soll man denn über das Internet eigentlich mehr wissen müssen, als dass es „uns allen den Zugriff zum gesamten Wissen dieser Welt“ bringt. Jeder hat schon einmal das Goethe-Wort⁵ gehört: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“. Der Hinweis, dass Wagner und Faust hier nicht etwa über Erbschafts- und Eigentumsfragen, sondern über das „Wissen“ sprechen, wird heutzutage in der Regel entweder nicht gewusst oder nicht geglaubt. Und niemand will den Folgesatz hören, der lautet: „Was man nicht nützt, ist eine schwere Last“. Ist unnützes Wissen eine schwere Last? Warum nur wird dann immer weiter das Leitbild propagiert, dass wir „lebenslang lernen“ sollen, um in der Informationsgesellschaft bestehen zu können? Denn was kann man mit dem Wissen tun? Schon 1958 hat David Riesman⁶ beobachtet, dass viele Menschen dazu neigen, selbst unnützes Wissen zu speichern, nur um zu einer Peer Group zu gehören. Heute nutzt das beliebte bildungsbürgerliche Wissen darüber hinaus immerhin auch für einen Millionenquiz im Fernsehen. Im Berufsleben von heute zählt solches Wissen nachweislich nicht mehr. Im besten Fall bekommt man das Etikett „gebildeter Mensch“ ab, und dies gibt bekanntlich den vergleichbaren Status eines Sonderlings.

Der Kontext für Wissen hat sich geändert. Als mir letztes Jahr meine Nichte nach dem guten Studienabschluss ihre Bewerbungsschreiben mit der Bitte um Rat zeigte, fiel mir auf, dass sie ihr Frankreichsemester samt resultierender guter Französischkenntnisse vergessen hatte. Nein, meinte sie, wir haben das mit den Kommilitonen in der Bewerbungsgruppe diskutiert: Wenn man außer Englisch auch noch Französisch kann, gilt man womöglich als „überqualifiziert“. Ich habe das als „Quatsch“ bezeichnet, aber der Zweifel am Wissens-Wert im heutigen Kontext nagt in mir: Könnte es sein, dass vom Menschen nur und ausschließlich die kommunikative Kompetenz für seine gefühlsmäßig präferierte Umgebung, also Peergruppen-Kontextsensitivität, verlangt wird? Alles in mir sträubt sich zwar, an das Wissen den aktuellen Kontext als utilitaristische Meßlatte anzulegen. Aber man kann beobachten, dass unsere Gesellschaft genau dieses tut, dass immer mehr Menschen vor der Informationslawine überaus erfolgreich in die Gefilde des Halbwissens und des Nicht-mehr-wissen-Wollens flüchten. Und es gibt die Entschuldigung des Nicht-mehr-wissen-Müssens. Nicht nur in den Medien wird täglich bewiesen, dass man auch ohne jedes Wissen eine Meinung und Erfolg haben kann. Da spielt es keine Rolle mehr, ob man nun Bücher, Zeitungen oder die PC-Maus *nicht* zur Hand nimmt.

Aus diesem feststellbaren Trend kommt man auch nicht heraus, wenn man die Informationsgesellschaft in Wissensgesellschaft umtauft und danach womöglich in Kontextgesellschaft. Unser guter alter Immanuel Kant hat die Aufklärungsepoche mit dem Wort „sapere aude! - wage zu wissen!“ so markant eingeleitet, als stamme der Spruch von ihm und nicht

von Horaz. Heute, über 200 Jahre später, sollten wir den Mut haben, ohne lange Erläuterungen mit Selbstbewusstsein ebenso exklamativ zu sagen: *Verzage nicht zu wissen!* Denn eines scheint klar: Nach einer Phase des Nicht-mehr-wissen-Müssens kommt unausweichlich das Stadium des „Nicht-mehr-wissen-Könnens“. Dies gilt es zu verhindern. Wissen ist die Chance zum Aufbau einer Bildung, und damit einem immateriellen Wagniskapital, das dafür dienen könnte, dass nicht alles immer gleich und berechenbar bleibt, dass Innovationen weiterhin möglich sind⁷.

Neuer Wissens-Wert durch Datenbergwerke?

Was mancher Ökonom noch als marktadäquates Verschwinden von „Bildungsballast“ tröstend kommentieren kann, betrifft in der Realität auch die neuen Wissensreservoirs, die in den Serverfarmen einer Internet-Ökonomie nurmehr des Data Mining harren, um gar zum „wertvollen Content“ zu werden. Hier sind mehrere grundsätzliche Fragen zu lösen. Was für die Information gilt, dass man nämlich über ihren Nutzen nur dann etwas aussagen kann, wenn man sie vollständig hat⁸, gilt erst recht für das Wissen⁹. Dennoch kann man Wissen durchaus als Ware bezeichnen. Aber das Wissen ist nicht mehr a priori ein Tauschobjekt, das man in Geld ausdrücken und bei Nichtbrauchbarkeit unter Kaufpreiserstattung wieder umtauschen kann: Es gibt keinen Wissensumtausch und keinen Markt für Gebrauchtwissen. Ein altes gutes Buch ist wenigstens mit seinem Goldrücken eine Zier für die Bücherwand, altes gutes Wissen auf einer Festplatte ist Softwareschrott.

Viel drastischer als bei einer materiellen Verdinglichung des Wissenstransfers in Lehrerstunden, Büchern oder Fotokopien, die man mit Abgaben an die Wissensproduzenten belegen kann, entzieht sich das vernetzte Wissen einer Internetökonomie jeglicher gewohnter Preisbildungsordnung. Was weltweit per Mausklick kopiert, massenhaft vervielfältigt und gigabitweise sekundenschnell verschickt werden kann, was gigabyte auf CD oder DVD gebrannt wird, nimmt dem intellektuellen Eigentümer de facto sein Eigentumsrecht und macht aus ihm einen *virtuellen* Eigentümer, der eben auch nur *virtuellen* Lohn dafür bekommt. Der Versuch, ein internationales „Intellectual Property Right“ zu entwickeln, ist löblich, die anstehenden Gesetze zum Urheberrecht sind unverzichtbar. Die Durchsetzung eines solchen Rechts jedoch ist beim heutigen Stand der Computertechnik trotz aller digitalen Wasserzeichen schon ökonomisch aussichtslos, gar nicht zu sprechen vom moralischen Recht auf geistiges Eigentum - und bestünde dies nur im Recht auf eine Fußnote¹⁰.

Wenn heute den Musikkonzernen und den Bertelsmännern weinerlich vorgehalten wird, sie würden netz-freiheitliche Errungenschaften wie die Musik-Tauschbörsen mit ihrem Profitstreben zertrampeln, wenn den Schulbuchverlagen „innovationsfeindliches Beharren im Papierzeitalter“ und damit „mangelnde Unterstützung des e-Learning“ unterstellt wird, dann ist dies in mehrfacher Hinsicht Unsinn. Erstens sind in unserer Gesellschaftsordnung Privatbetriebe - über ihre einzubringende Fachexpertise hinaus - für gesellschaftspolitische Weichenstellungen schlichtweg nicht zuständig und nicht legitimiert. Zweitens kann und darf keine „auf Erwerb gerichtete Unternehmung“ auf ein absehbares „Massen-Kavaliersdelikt“ beim Kopieren seiner gesamten Produkte hin einen Businessplan aufstellen, das wäre ein Fall für die Wirtschaftsaufsicht.

Auch auf dem Gebiet des Schutzes der *Intellectual Property Rights* wird deutlich, dass es weltweit an gesellschaftspolitischen Mechanismen mangelt, die diese Aufgabe der Suche nach verträglichen Lösungswegen professionell angehen könnten. Die klassischen Lösungsmechanismen über die fachdisziplinäre Wissenschaftsexpertise, die mit rituellem Lobbyvorwurf belasteten Stakeholder-Befragungen und über den in zu großen Zeitabständen stattfindenden „Fachdiskurs“ von Ehrenamtlichen reichen nicht hin. Bei neuen umfassenden Lösungsansätzen für die Rahmenbedingungen müssen nicht nur Recht und Technik, sondern

auch die Ökonomien einbezogen werde. Wenn es denn keine praktikable juristisch-technische Lösung gibt, dann wird man über Gebührenmodelle auch für den Content neu nachdenken müssen. Dies gilt besonders, wenn es auch um individuell abrufbare Fernsehkonserven geht, von deren ständiger Wiederholung heutige Privatsender mehr schlecht als recht leben.

Eine spezielle Wissenshoffnung der Informationsgesellschaftsgemeinde sei hier angesprochen, die sich phantasievoll und detailliert mit der Verwertbarkeit des „Corporate Memory“ befasst. „Gemeinsames Lernen“ und „gemeinsames Wissen“ sind in allen anständigen Betrieben ein Wertkonsens. Es ist rational überaus nachvollziehbar, dass in das Wissen über Marktchancen, Technikchancen, Mitarbeiterpotentiale, Kundenbeziehungen mithilfe von vernetzten Datenbanken einen ungehobenen und durchaus geldwerten Schatz darstellt. Das Bild vom „vernetzten Know-How der Köpfe“ ist realistisch, zumal innerhalb einer Unternehmung auf den ersten Blick keine prinzipiellen IPR-Probleme auftauchen, das gesamte Wissen gehört ja dem Unternehmen. Im Normalfall eines Unternehmens wird das funktionieren. Aber dennoch müssen zwei gewaltige Hemmnisse beachtet werden.

Erstens lässt sich das Wissen in den Köpfen nur unzulänglich in Datenbanken abbilden. Ich habe einige Male miterlebt, wie ein Mitarbeiter beim Erreichen der Altersgrenze seinem Nachfolger „nur das allerwichtigste Erfahrungswissen“ weitergab, das dauerte im kürzesten Fall fünf Stunden konzentrierten Wissenstransfers - Anekdoten und Kaffeepausen nicht mitgerechnet. Selbst bei einer Stichwortmitschrift waren das über fünfzig Seiten Text, Namen und Zahlen, als Fließtext wären es leicht hundertfünfzig geworden. Und trotz Computereinsatz fehlte noch vieles, das „Retrieval“ stellte sich als sehr schwierig heraus - man schaue einmal nach ein paar Monaten auf die knackigen Powerpoint-Charts von „Konferenz-Proceedings“, bei denen man kaum noch die Gedanken des Redners rekonstruieren kann. Solche Transfers sind die Ausnahme, ob in der heutigen Arbeitsmarktsituation ein 50-jähriger einem jüngeren Kollegen dies alles erzählen würde, sei dahingestellt.

Auch das computergestützte Skill-Profilung, das wirklich für die interne (und sogar für die externe) Job-Rotation hilfreich sein könnte, scheitert regelmäßig daran, dass in der Datenbank nach kürzester Zeit alle Mitarbeiter dieselben - durchweg positiven - Eigenschaften und Fertigkeiten haben, auch ganz ohne Betriebsratseinwirkung oder 360-Grad-Feedback. Alle sind fleißig, belastbar, aktualisieren ständig ihr Fachwissen und kommen bestens mit dem PC zurecht. Das ist ein Fall, wo das computergespeicherte Wissen deutlich schlechter ist als die organische statistische Wahrscheinlichkeitsrechnung. Übrigens ist auch der spiegelbildliche Ansatz, nämlich die Jobs und Aufgaben sehr detailliert und wahrheitsgetreu zu beschreiben, damit sich nur die „richtigen“ Bewerber melden, aus denselben Gründen nicht ausbaufähig.

Zweitens ist der „Normalfall“ eines einzelnen Unternehmens, das mit seinen eigenen „Human Resources“ agiert, bereits schon oberhalb des Einzelhandwerkers in der Minderheit. In Betrieben arbeiten heute schon viele „Wanderarbeitskräfte“, ob Leasingkräfte oder Consulter, auch in verantwortlichen Positionen. Die meisten Betriebe sind zudem in mehr oder weniger feste Partnerschaften längs und quer der Wertschöpfungskette eingebunden, von einem präzise abzugrenzenden „eigenen“ Mitarbeiterpotential kann nicht mehr die Rede sein. Und schon haben wir das IPR-Problem durch die Hintertür wieder vor Augen. Wenn früher ein Vertriebsmitarbeiter zum Wettbewerber wechselte, nahm er natürlich sein gesamtes Wissen samt seinen „persönlichen“ Kundenkontakten mit. In der Computerzeit nimmt er - spektakuläre Fälle sind ja bekannt - die gesamte Kundendatenbank und womöglich eine detaillierte Fünfjahresplanung mit. Von den unanständigen Betrieben braucht man gar nicht zu eigens zu sprechen, auch nicht von der immens gestiegenen Verletzlichkeit durch Computerdiebstahl.

Heute stemmen wir uns diesen stark wachsenden Verletzlichkeiten im wesentlichen mit betrieblichen und übergreifenden Ethik-Codizes entgegen. Aber es war schon vor Urzeiten verboten, firmeneigenes Wissen mitzunehmen oder das Wissen weiterzuverwenden, in dessen Besitz man unbefugter Weise gelangt war. Deswegen löscht heute auch jeder eine Mail, die

nicht für ihn bestimmt war. Einige technische Vorkehrungen wie Firewalls und Proxy-Server, Filtersysteme und natürlich Verschlüsselungen helfen, das Wissen im Unternehmen zu schützen.

Jedoch: Vollständigen Schutz bei Aufrechterhaltung der Benutzbarkeit gibt es in offenen Netzen nicht¹¹. Geschlossene Netze oder „Virtuelle Private Netze“, die sich auch per Software als Konzelationssysteme einrichten lassen, müssen für die höhere Sicherheit im Sinne eines „Wissensschutzes“ den Preis der Beschränkung der Nutzerzahl entrichten. Viel verlangt wird zunehmend vom Nutzer, der heute schon leicht zehn Prozent seiner PC-Arbeit ausschließlich für Schutz- und Putzmaßnahmen aufwenden muss. Zudem ist es in der Praxis sehr schwierig, laufend den Grad der Schutzwürdigkeit des jeweiligen Wissens abzuschätzen und entsprechende Sicherungsstufen zu wählen. Vielleicht müssen wir vom „individualisierten“ Wissensschutz zu einem generellen Schutz übergehen, wo grundsätzlich alles Wissen - bis hin zur unwichtig erscheinenden Kurzmail - mit einer einheitlich höheren Sicherheitsstufe versehen wird.

Auch für den *Wissensschutz in Netzen* gilt, dass das nicht ohne Kontrolle von Dritten gehen wird. Im innerbetrieblichen wie im überbetrieblichen Bereich - und damit praktisch im gesamten Netz - laufen solche Kontrollen konsequenter Weise auf Stichproben hinaus. Und Stichproben sind - wie der Name sagt - anlassunabhängige Kontrollen, was natürlich immenses Konfliktpotential und unbegrenzte Diskussionsmöglichkeit birgt. Mag man in Betrieben noch an eine Art von „interner Datenrevision“ denken, die man hierzu aufbauen könnte, so sehr schließt man die Augen vor der Tatsache, dass man die Ordnungshüter der äußeren Welt, nämlich die Polizeien, in diesem Dilemma vollkommen hängen lässt. Anlassunabhängige Straßenstreifen der Polizei geben Bürgern das Gefühl der Sicherheit, Netzstreifen aber das der Unsicherheit. Es gilt aber unabdingbar: Zwischen dem Wunsch nach bzw. der Notwendigkeit für Schutz einerseits, also der Freiheit „von“, und dem Erhalt der Freiheit „zu“ muss es letztlich zu einer Festlegung kommen, und solche Festlegungen enthalten die schmerzlichste aller gesellschaftlichen Aktivitäten, nämlich eine Entscheidung.

Damit sind wir beim Betrachten des Werts des Wissens in einer Informationsgesellschaft wieder beim Ausgangspunkt gelandet. Entscheidungen brauchen zuständige Entscheider, Entscheidungen benötigen neben Legitimation auch Ressourcen für ihre Vorbereitung. Wir haben uns wegen der augenscheinlichen Vorteile, die niemand leugnen kann, unumkehrbar in eine Netzwelt hineinbegeben, merken jetzt aber, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht so einfach wie ein neues Release von Betriebssystemen als regelmäßige Optimierung implementieren lassen.

Die Frage, welchen Wert das Wissen in einer Informationsgesellschaft hat, kann deswegen nur mit zwei Extremen beantwortet werden: Das Wissen ist tatsächlich die größte Wertressource, aber ohne aufwändige technisch-organisatorische wie juristisch-betriebswirtschaftliche und letztlich gesellschaftspolitische *zusätzliche* Organisationsarbeit kann diese Wertressource überhaupt nicht nachhaltig zur Entfaltung kommen.

Herausforderung „Nächste Generation Informationsgesellschaft“

Schon diese etwas vertiefende Betrachtung des schillernden Wissensbegriffs und dem Wissensnutzen in einer entstehenden Informationsgesellschaft soll mit all ihren Querbeziehungen exemplarisch aufzeigen, dass fast alle aktuellen Zentralbegriffe nach 30 Jahren tatsächlich auf den Prüfstand müssen. Nicht etwa, wie mancher beim selektiven Hören oder Lesen schnell denken mag, um den Weg zur Informationsgesellschaft zu versperren, zu verminen oder gar zu verschütten - im Gegenteil. Aber auf dem Marsch zur Informationsgesellschaft können wir uns eine Kapitulation vor allen Steilhängen, die mühselig werden könnten, nicht leisten, schon gar nicht, diese Steilhänge routinemäßig gar nicht erst sehen zu wollen und alle, die darauf hinweisen, für Negativtypen zu halten.

Ohne Mühe geht es nicht, ohne *grenzenlose Kooperation* aller relevanter Akteure bleiben wichtige Etappen noch fern. Die *Qualitäten* einer Informationsgesellschaft müssen zu den schon beeindruckenden *Quantitäten* hinzukommen. Die USA haben doch die Erfahrung gemacht, dass mit der Vernetzung aller Behörden noch kein Electronic Government und mit der Vernetzung aller Schulen kein e-Learning zustande kommt.

Als Standort sollten wir deswegen im Benchmarking nicht nur auf ein Gleichziehen mit anderen Standorten abzielen, sondern eigenständige mutige und konsequente Vorschläge in die europäische und die internationale Diskussion einbringen. Ohne präzise Rahmenziehungen wird Wissen mehr missbraucht als gebraucht. Wer Schutz vor Kinderpornographie und anderen Drecksachen im Netz will, muss die Polizeirolle exakt definieren. Wer nicht will, dass nach dem Faxdienst und der Mail auch noch die SMS-Dienste und bald auch die MMS-Dienste zugemüllt werden, muss ein technisches Re-Design wollen, das die anonyme Netzverschmutzung unmöglich macht, und dieses Wollen über die *Nachfragemacht* durchsetzen.. Wer Datenritzen in Betriebssystemen und im Internet abdichtet, sollte nicht mit ungesicherten WLAN-Funknetzen Scheunentore aufmachen. Und vordringlich ist, dass bei allem, was das modische Präfix „e-“ hat, auch Punkt für Punkt Klarheit über das „warum“ hergestellt wird, vom e-Voting über e-Health bis zum e-Government. Das reine „e“ ist nicht mehr hinreichend.

Ganz ernsthaft lautet die Herausforderung: „Gestaltung der zweiten Generation Informationsgesellschaft“. Diese kann aber nur angenommen werden, wenn die Unverbindlichkeiten einer dümpelnden Diskussion in zeitstabile gesellschaftspolitische Entscheidungsstrukturen überführt werden. Zum Abbau der Unverbindlichkeiten bedarf es aktuell weniger der noch tiefer schürfenden Analyse, sondern der klaren Zielansprache. Trotz oder wegen der erschreckend hohen Zahl von Aktionspunkten und Beteiligten kann dies wohl nur mit einer Public-Private-Projektorganisation erreicht werden, ein Versuch, der in den letzten 30 Jahren noch nicht unternommen wurde. Andere Länder haben sich solche Projektorganisationen zugelegt, vom Ministerium in Italien, über Parlamentsmissionen in Frankreich bis zur Agentur in Finnland. Die Länder des Südens und des Ostens warten auf deutsche Initiativen und fordern Wissenstransfer.

Der Weltgipfel der Informationsgesellschaft im Dezember 2003 in Genf wäre als Datum ein guter Anlass für Deutschland, konzentriert und mit allen Kräften - von Politik über Wirtschaft, Technik und Kultur, über Gewerkschaften, Verbände und NGO's - allen zu zeigen, dass es eine *treibende* Kraft für eine Informationsgesellschaft ist - und keine *getriebene*. Unser Laptop-Kid soll auch nicht fragen müssen: „Informationsgesellschaft - wann kommt die denn“?

Anmerkungen/Literatur

¹ Klumpp, D./Schwemmler, M. 2000, Wettlauf Informationsgesellschaft. Regierungsprogramme im internationalen Überblick. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Stuttgart 2000

² Fernmeldetechnisches Zentralamt (Hrsg.), Stand und Entwicklungsaussichten der optischen Nachrichtentechnik, Professorenkonferenz 1981 im Fernmeldetechnischen Zentralamt, Darmstadt 1981

³ Kubicek, H./ Klumpp, D. et al., Innovation @ Infrastruktur. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft, Heidelberg 2002

⁴ vgl. vom Autor: Die schwierigen Mittelwege zur Informationsgesellschaft. In: Abromeit, Heidrun/ Nieland, Jörg-Uwe/ Schierl, Thomas (Hrsg.); Politik, Medien, Technik. Festschrift für Heribert Schatz, Wiesbaden 2001, S. 434-457

⁵ Goethe zitiere ich sehr gerne, weil er 100 Jahre länger tot ist, als es das Urheberrecht vorschreibt

⁶ Riesman, D., Die Einsame Masse, Reinbek 1958

⁷ vgl. ausführlicher vom Verfasser: neu@alt? Bildung zwischen Netz und Buch, in:

⁸ vgl. Meyer-Krahmer, Frieder, Politische Entscheidungsprozesse und ökonomische Theorie der Politik, Frankfurt 1979, in: FhG-ISI (Hrsg.)1985: 53f

⁹ Aus diesem Dilemma helfen auch die bekannten unterschiedlichen Wissenskategorien nicht heraus; vgl. www.rwth-aachen.de/apaed/geuting/bildungsstudio/wissen/wissenstypologie/wissenskategorien_a.html

¹⁰ vgl. Alcatel SEL Stiftung (Hrsg.), Urheberschutz und Nutzerschutz in der Informationsgesellschaft, Stiftungsreihe 36, Stuttgart 2001

¹¹ Müller, Günter/ Pfitzmann, Andreas (Hrsg.), Mehrseitige Sicherheit in der Kommunikationstechnik, Verfahren, Komponenten, Integration, Bonn, Reading u.a. 1997